landwirthschaftlichen Verwaltung fortgesetzt. Diskutirt wurden insbesondere die Fragen der Leutenoth auf dem Lande, der Erhaltung des Schalwaldbetriebes, der Zuckerprämien, des Fleischschaugesetzes, der Bekämpfung der Viehseuchen und des Anerbenrechts für Rheinland. Der Titel „Ministergehalt" und ein Theil des Ordinariums wurden bewilligt. Weiterberathung: Sonnabend.

Berlin. (Priv.-Tel.) Die „Nordd. Allg. Ztg." tritt dem Vorwurfe der „Freis. Ztg." aus Anlaß der Veröffentlichungen des „Vorwärts", daß der Reichstag getäuscht worden sei, entgegen. Der Erlaß des Staatssekretärs Tirpitz sei an das militärische Departement im Reichsmarineamt gerichtet und fordere rein militärische Ermittelungen, auf Grund welcher dann von anderen Stellen des Reichsmarineamts festgestellt werden solle, was die Steigerung der Indiensthaltungen für die Jahre 1905—1910 koste. Der Staatssekretär selbst behalte sich vor, zu bestimmen, welche Steigerung der fortdauernden Ausgaben er nach Maßgabe der politischen und finanziellen Verhältnisse den höheren Instanzen zur Anmeldung bringen wolle. Diese Steigerung solle dann zugleich mit der Forderung der Vermehrung der Auslandsschiffe dem Reichstage offen und klar vorgelegt werden. Dieses Verfahren sei so loyal wie nur irgend denkbar. — Eisenbahnminister v. Thielen beging heute seinen 70. Geburtstag, aus welchem Anlaß ihm eine Fülle von Ehrungen zu Theil wurde. Zur Beglückwünschung erschienen Reichskanzler Graf Bülow, die Minister und Staatssekretäre. — Das Orient-Komitee in Berlin hat neuerdings eine große Expedition ausgerüstet mit der Bestimmung, die vor 15 Jahren auf der alten Trümmerstätte in Sendschirli in Nordsirien begonnenen Ausgrabungsarbeiten zu einem Abschlusse zu bringen. — Ein Londoner Finanzblatt behauptet, daß der amerikanische Stahlkönig Schwab nicht zur Erholung nach Berlin gekommen sei, sondern in Folge einer Einladung des schlesischen Eisenhüttenbesitzers Fürst Henckel v. Donnersmarck. Nach Erledigung der geschäftlichen Unterredung habe Fürst Henckel v. Donnersmarck Herrn Schwab zu einem intimen Diner eingeladen, an dem nur noch Fürst Herbert Bismarck, Feldmarschall Graf Waldersee und der österreichische Botschafter v. Szögyeny theilnahmen. — Die Meldung eines Londoner Nachrichtenbureaus, es fänden seit einiger Zeit zwischen Washington und Berlin Unterhandlungen über den Verkauf der Philippinen an Deutschland statt, deren Abtretung jetzt wahrscheinlich geworden sei, wird von unterrichteter Seite für erfunden erklärt. — Aus Wien lagen an der heutigen Börse Telegramme vor, wonach eine Conversion der 4½-proz. ungarischen Anleihen geplant sei. — Der „Reichsanzeiger" veröffentlicht die vom Bundesrath beschlossenen Bestimmungen betreffs Abänderung der Betriebsordnung für die Hauptbahnen Deutschlands; es handelt sich um eine Vermehrung der Betriebssicherheit. — Der Legations-Kanzlist bei der preußischen Gesandtschaft in Dresden Hofrath Loes erhielt den Rothen Adlerorden 4. Klasse. — Im Jahre 1901 passirten 29470 Schiffe gegen 29571 im Vorjahre) mit 4198754 Register-Tonnen (gegen 4282258 im Vorjahre) den Kaiser Wilhelm-Kanal. Die Gebühren betrugen 2078614 Mk. gegen 2133155 Mk. im Vorjahre.

Hannover. (Priv.-Tel.) In Springe wird beabsichtigt, an der Stelle, wo der Landrath v. Bennigsen den tödtlichen Schuß beim Duell erhielt, einen Denkstein zu errichten.

Mainz. (Priv.-Tel.) Amtlich wird mitgetheilt: Gestern Abend 10½ Uhr fuhr im Güterbahnhof Bischofsheim der von Frankfurt a. M. einfahrende Güterzug Nr. 5091 einer Rangirabtheilung in die Flanke. Die Lokomotive und der Gepäckwagen des Güterzuges sowie 10 Güterwagen entgleisten. Vom Personal wurde Niemand verletzt. Der Materialschaden ist nicht unerheblich. Die Untersuchung ist eingeleitet.

Breslau. (Priv.-Tel.) Die oberschlesische Eisenindustrie-Aktiengesellschaft hat umfangreiche Aufträge erhalten, sodaß in einzelnen Betrieben des Werkes mit Ueberstunden gearbeitet werden muß, insbesondere für Dachpappnägel.

Mannheim. (Priv.-Tel.) Ueber die Getreide- und Speditionsfirma Carl Ficks wurde nunmehr Konkurs verhängt.

Nürnberg. (Priv.-Tel.) Die Strafkammer verurtheilte den in Wien verhafteten Nürnberger Rechtsanwalt Robert Hahn wegen Unterschlagung zu 9 Monaten Gefängniß.

Paris. (Priv.-Tel.) In Thonon-les-Bains wurde ein Todtengräber verhaftet, weil er sich an mehreren Leichen in unsittlicher Weise vergangen hatte. Bei seiner Ueberführung nach dem Gefängnisse mußte er gegen die Volkswuth durch Gendarmen geschützt werden. — Der Fürst von Monaco schiffte sich heute an Bord seiner Yacht „Prinzeß Alice" von Marseille nach Monaco ein, wo er dem Luftschiffer Santos Dumont bei der Vornahme von weiteren Versuchen mit dessen Ballon Nr. 7 behilflich sein wird. Santos Dumont soll u. A. auf offenem Meere an Bord der fürstlichen Yacht zu landen versuchen. Das Resultat dieser Versuche wird mit großem Interesse erwartet.

Brüssel. Während der heutigen Sitzung der Repräsentantenkammer, in welcher über den Antrag auf gerichtliche Verfolgung des sozialistischen Abgeordneten Maeets berathen wurde, kam es zu stürmischen Scenen. Als Woeste für den Antrag eintrat, ertönten von den Tribünen Rufe: Hoch das allgemeine Wahlrecht! Nieder mit der Kutte! Der Präsident befahl, einen der Schreier zu verhaften, währenddessen fanden im Hause lärmende Auseinandersetzungen zwischen den Sozialisten und klerikalen Abgeordneten statt, wobei der Klerikale Verhaegen, welcher dem Präsidenten eine an den Zwischenrufen von der Tribüne betheiligte Person bezeichnet haben sollte, von den Sozialisten als Polizeispion beschimpft wurde. In der Folge kam es zu Thätlichkeiten; der Präsident ließ hierauf die Tribünen räumen, wobei 5 Personen verhaftet wurden. Nachdem die Ruhe wieder hergestellt war, wurde die Berathung wieder aufgenommen. Da aber der sozialistische Abgeordnete Terwagne jetzt noch fortfuhr Verhaegen zu beschimpfen, schloß der Präsident die Sitzung.

London. (Priv.-Tel.) Einer Haager Meldung der „Daily News" zufolge enthält die holländische Note die Frage, ob die britische Regierung geneigt sei, einer holländischen Kommission zu erlauben, sich nach Südafrika zu begeben, um die kämpfenden Buren über die wirkliche Lage aufzuklären und ihnen insbesondere vorzustellen, daß nicht die mindeste Hoffnung auf europäische Einmischung vorhanden und die Fortsetzung des Widerstandes zwecklos sei. Die holländische Regierung erkläre ausdrücklich, daß sie keinerlei Ermächtigung von den Burenführern in Europa oder denen in Südafrika zu diesem Schritte besitze; sie beschwöre aber England aus Gründen der Menschlichkeit, dieser Kommission militärisches Sicherheitsgeleit zu gewähren, damit sie ihre Bestimmung erreichen und ihre Friedensaufgabe lösen könne. Es verlautet, die englische Regierung habe sich darüber mit Lord Kitchener in Verbindung gesetzt und die holländische Regierung werde in einigen Tagen eine endgiltige Antwort erhalten.

London. Der Prinz von Wales ist heute Nachmittag 12½ Uhr hier wieder eingetroffen. — Der Ausschuß, welcher mit der Untersuchung der gegen britische, mit Ankauf von Pferden in Oesterreich-Ungarn betraute Offiziere erhobenen Bestechungsbeschuldigungen beauftragt ist, hat jetzt seinen Bericht erstattet. Darin werden die Beschuldigungen als ungerechtfertigt bezeichnet, zugleich wird aber erklärt, daß die Offiziere Beurtheilungs-Irrthümer begangen hätten, da die bezahlten Preise namentlich im Anfange viel zu hoch gewesen seien. Der Bericht erwähnt einen Fall, in welchem bei genauer Erkundigung 12000 Pfd. Sterl. hätten gespart werden können. Schuld habe die Remontirungsverwaltung, weil sie es unterlassen habe, bei Ausbruch des Krieges oder noch in der Friedenszeit festzustellen, auf welche Weise der Bedarf von Pferden im Auslande, namentlich in Oesterreich-Ungarn, am besten gedeckt werden könne.

Frankfurt a. M. (Schluß.) Oesterr. 210,75. Lombarden 18,30. Dresdner Bank 138,30. Staatsbahn —,—. Lombarden 20,50. Laurahütte 190,50. Ungar. Gold —,—. Portugiesen —,—. Fest.

Paris, 3 Uhr Nachm. Fonds 110,40. Rio-Tinto 100,15. Spanier 79,20. Portugiesen 27,30. Türken 28,75. Türkenlooſe 113,20. Ottomanbank 558,—. Suezcanalbahn 718,—. Lombarden —,—. Fest.

Paris, Produktenmarkt. Weizen per Januar 21,60, per Mai-Aug. 22,90, beh. Zuckrus per Januar 26,50, per Mai-August 28,75, matt. Rüböl per Januar 62,25, per Mai-August 62,25 behauptet.

Amsterdam. Produkten-Bericht. Weizen per März —,—, per Mai —,— geschäftslos. Roggen per März 138,—, per Mai —,—, ruhig.

Oertliches und Sächsisches.

— Se. Königl. Hoheit der Fürst Leopold von Hohenzollern traf gestern Vormittag 11 Uhr 6 Minuten zum Besuche Sr. Königl. Hoheit des Prinzen Georg hier ein und nahm im Palais auf der Zinzendorfstraße Wohnung. Ihre Majestät die Königin und Ihre Königlichen Hoheiten Prinz Georg und Prinzessin Mathilde waren zur Begrüßung des Fürsten auf dem Bahnhofe anwesend.

— Der Geh. Rath Professor Dr. Winkler an der Bergakademie Freiberg ist anläßlich der Kaiserfeier von der Technischen Hochschule zu Charlottenburg zum Ehren-Doktor-Ingenieur ernannt worden.

— Dem Briefträger Hermann Kliebeck in Werdau ist das Allgemeine Ehrenzeichen verliehen worden.

— Dem Straßenwärter a. D. Imhof in Gersdorf bei Hainichen ist das Allgemeine Ehrenzeichen verliehen worden.

— Landtag. Die Zweite Kammer hielt gestern bei stark besetzten Tribünen ihre 33. öffentliche Sitzung ab. Auf der Tagesordnung stand die Berathung des Schlußberichts der außerordentlichen Deputation über die Steuervorlagen, insbesondere das Vermögenssteuergesetz. Die Kammer nahm zunächst den Bericht des Abg. Hähnel-Kuppritz über die Deputationsbeschlüsse entgegen und dieser begann mit allgemeinen Erläuterungen und Bemerkungen zu dem grundlegenden § 1 des Gesetzes, dessen Inhalt bereits mitgetheilt worden ist. Nachdem Berichterstatter zunächst begründet hatte, weshalb die Deputation von einer erhöhten Heranziehung der Erbschaftssteuer abgesehen habe und die Gründe erläutert, warum man auf die Kontingentirung zugekommen sei, erklärte er, daß die Wohnungsgeldzuschüsse bei der Schaffung des Vermögenssteuergesetzes ganz außer Betracht geblieben seien. Die Annahme der Vermögenssteuer binde die Kammer in Zukunft in keiner Weise. Falls die Vermögenssteuer abgelehnt werden sollte, würde die Regierung zu allgemeinen Zuschlägen zur Einkommensteuer ihre Zuflucht nehmen müssen, wodurch genau das Gegentheil von Dem erreicht werde, was mit dem neuen Gesetz erzielt werden solle. Etwaige Zuschläge würden nicht so bald wieder von der Bildfläche verschwinden und dadurch auch eine Progression bis etwa 6 Prozent herauskommen, es würden dann gerade Diejenigen, von denen man stets gewünscht, daß sie von einer erhöhten Steuer verschont bleiben möchten, ebenfalls mit herangezogen. Man solle aber auch eine derartige Vorlage, die das Ziel verfolge, eine andere, gerechtere Vertheilung der Steuerlast herbeizuführen, nicht abhängig machen von der jeweiligen Lage des Staates. Die Bedenken gegen die Vermögenssteuer hätten sich nicht eigentlich gegen die schärfere Heranziehung, sondern gegen die Art und Weise der Steuererhebung gerichtet. Zum Schlusse bat der Referent, die Kammer möge dem einstimmigen Votum der Deputation auch ihrerseits einstimmig beitreten und das Gesetz annehmen. — Die nun folgende Aussprache zu § 1, gewissermaßen die Generaldebatte, wurde in der Hauptsache von den Gegnern des Gesetzes geführt. Zunächst nahm der Abg. Richter-Großschönau das Wort und erklärte, daß er diesmal entgegen seiner Abstimmung vor 4 Jahren für das Gesetz sei, weil er die Verantwortlichkeit als Abgeordneter scheue, nochmals mit Nein zu stimmen. Er habe sich von der Nothwendigkeit des Gesetzes überzeugt, da jetzt die Situation eine andere sei als damals. Die Einkommensteuer sei jetzt genug bepackt und es müsse darin ein Beharrungszustand eintreten, wenn er sich auch sage, daß die Einkommen von über 100000 Mk. sehr wohl noch schärfer herangezogen werden könnten. (Sehr richtig!) — Abg. Neidhardt-Reichenbach i. V. ist nicht für das Gesetz, das ungeheuer in die persönlichen Verhältnisse eingreife. Er bedauert die Konvertirung der Staatspapiere, wodurch die Einnahmen der mittleren Stände, sowie der Wittwen und Waisen wesentlich geschmälert worden seien. Auch die Kontingentirung in dem Vermögenssteuergesetz könne er nicht für gut finden. — Gegen das Gesetz erklärt sich auch der Abg. Preibisch-Reichenau, obwohl er sich damit in Gegensatz zum größten Theile seiner politischen Freunde stellen müsse. Mit dem Gesetz seien zahlreiche Härten und Gefahren verbunden, ebenso enthalte es sehr viele Ausnahmebestimmungen, die es für ihn unannehmbar machten. Noch gestern habe sich die Handelskammer in Zittau mit 18 gegen 7 Stimmen gegen das Gesetz ausgesprochen, das nur zu einem sehr geringen Theile mit dem seinerzeitigen Antrage Mehnert-Georgi übereinstimme. Des Weiteren spricht Redner für die Beibehaltung der Grundsteuer und hält die Vermögenssteuer auch deshalb für unnöthig, weil die wirthschaftliche Lage sich bald wieder bessern werde. An Stelle einer Vermögenssteuer solle man auf eine verbesserte Erbschaftssteuer zukommen. — Gegen das Gesetz erklärt sich ferner der Abg. Gräfe-Annaberg, der sich im Wesentlichen den Ausführungen seiner beiden Vorredner anschließt. Er würde lieber für eine Kapital-Rentensteuer eintreten und findet eine Doppelbesteuerung des Grundbesitzes an und für sich vollkommen gerechtfertigt. (So, so! rechts.) — Vice-Präsident Abg. Dr. Schill-Leipzig bemerkt dem Abg. Neidhardt gegenüber, daß das Zustandekommen der Vorlage nicht auf die gegenwärtige Nothlage zurückgeführt werden dürfe, sondern daß die Kammer schon lange vorher nach einem derartigen Gesetz gestrebt habe. Der Vermögensbesitz eigne sich ganz besonders zur Heranziehung der Steuer. (Sehr richtig!) Die Vermögenssteuer könne nicht blos ein Nothgesetz sein. Wenn man auf die Erbschaftssteuer verweise, so reiche man Steine statt Brot (Sehr richtig!) Was die Zuschläge zur Einkommensteuer anlange, so seien diese das Odioseste, was er sich denken könne, diese seien in erster Linie eine schwere Schädigung der mittleren und kleinen Einkommen. Zum Schlusse giebt Redner dem Wunsche Ausdruck, daß die Regierung mit aller Energie darauf dringen möge, daß die Vermögenssteuer so ausgeführt werde, daß alle unnöthige Belästigung und Schädigung vermieden werde. (Sehr richtig!) Unter allseitigem Bravo bittet Redner die Regierung weiter, daß sie ihre volle Autorität einsetze, damit wir nun auch in Sachsen in die Lage kämen, etwas zu schaffen, womit man sich anderen Ländern gegenüber sehen lassen könne. — Geh. Rath Dr. Diller giebt hierauf die Erklärung ab, daß die Regierung vollständig auf dem Boden der Vorlage stehe, sie erblicke in ihr den einzigen gangbaren Ausweg, auf dem überhaupt zu einer Ordnung der Verhältnisse zu gelangen sei. Redner versichert dann, daß die Regierung Alles thun werde, die Vermögenssteuer nicht verhaßt zu machen. Im Interesse der guten Sache möchten die Gegner der Vorlage ihre Bedenken fallen lassen. — Abg. Grumbt-Dresden behält sich seine Entschließung noch vor. In der Kammer sei so viel Sonnenschein, aber draußen im Lande sorge man sich allgemein um die Zukunft. Wie könne man schon jetzt für eine Steuer stimmen, die erst im Jahre 1904 eintreten solle. Redner befürchtet, daß bei Annahme der Vermögenssteuer die großen Vermögen, deren Handel und Industrie so nothwendig bedürften, aus dem Lande gejagt würden. Die Wohnungsgeldzuschüsse segelten unter der Flagge des Vermögenssteuergesetzes. Nachdem sich gegen die letztere Aeußerung der Berichterstatter Abg. Hähnel verwahrt hatte, ging ein Antrag Facius ein, in dem die 10 neuen Abgeordneten der Kammer die Vertagung der Berathung beantragen mit Rücksicht auf die noch zu wenig geklärte Lage und mit Rücksicht auf die neuen Abgeordneten. Gegen den Antrag sprach sich entschieden der Herr Präsident Dr. Mehnert aus, indem er anführte, daß die Vorlage seit Beginn des Landtags in den Händen der Abgeordneten sei. Er müsse nach außen hin sich unbedingt verwahren, daß irgend welche Beschleunigung in dieser Sache stattgefunden habe. Die Kammer lehnte, nachdem inzwischen der Abg. Matthes-Schönbach seine ablehnende Haltung zur Vorlage begründet hatte, den Vertagungsantrag Facius und Genossen mit 62 gegen 11 Stimmen ab. — Hierauf wandte sich auch Abg. Knobloch-Radebeug gegen die Vermögenssteuer, die dem Neide und der Mißgunst noch mehr Nahrung zuführen werde, als dies schon jetzt durch die Einkommensteuer geschehe. — Für die Vorlage erklärten sich hierauf Abg. Horst-Mulda b. Freiberg und Vice-Präsident Opitz-Treuen i. V. Letzterer führte u. A. aus, daß die Vorlage den Zweck habe, unsere Steuergesetzgebung organisch auszubauen. Dem Landtage liege keine wichtigere Vorlage als die gegenwärtige vor und keine sei so geeignet, die Bewerthung der Kammer draußen im Lande zu erhöhen. Seine politischen Freunde hätten ganz auf dem Standpunkte gestanden, daß, wenn es sich darum handle, neue Mittel zu beschaffen, nicht mit rauher Hand zugegriffen werden müsse, sondern mit organischer und systematischer Ausgestaltung der Finanzgesetze zum Ziele zu gelangen versucht werden müsse; hierbei könne die Heranziehung des Vermögens durch eine besondere Steuer nicht übergangen werden. (Sehr richtig!) Gerade die gegenwärtige Vorlage sei geeignet, Gewerbe und Handel in Schutz zu nehmen. Des Ferneren entkräftet Redner die Befürchtungen wegen der Belästigung durch die Einschätzung. Die Gegner möchten sich überlegen, ob sie durch ihre Abstimmung nicht das Haus schwer schädigten, denn die Vorlage sei doch aus der Mitte des Hauses angeregt worden. Ferner wendet sich Redner gegen den Vorwurf, daß die Vermögenssteuer eine ganz besondere materielle Belastung mit sich bringe; ein Millionär werde auch die 500 Mk. Vermögenssteuer vertragen. Dem Abg. Grumbt gegenüber widerlegt er dessen Befürchtung der Kapitalflucht; dies werde in viel höherem Maße durch die Einkommensteuerzuschläge herbeigeführt werden. Nachdem Abg. Neidhardt sich gegen die Ausführungen verschiedener Vorredner gewandt und vom Berichterstatter über eine unrichtige Behauptung bezüglich der Budgetbewilligung belehrt worden war, erklärte sich Abg. Reinecker-Chemnitz gegen die Vorlage und bat ferner, dem Gedanken näher zu treten, ob nicht aus der Grundsteuer etwas mehr herauszuziehen sei. — In zum Theil humoristischen Wendungen, die von der Kammer mit großem Beifall aufgenommen wurden und in die etwas trockenen Debatten eine freudig begrüßte Abwechselung brachten, sprach hierauf Abg. Müller-Oetzsch-Reuschönefeld zu Gunsten der Steuer und führte aus, daß er sich wundern müsse, warum gerade die wichtigen Leute in der Kammer gegen die Vorlage seien. (Sehr richtig!) Im Lande draußen werde dies einen sehr merkwürdigen Eindruck machen. Als Besitzer einer Fabrik in Preußen seien ihm durch die dortige Vermögenssteuer niemals Unannehmlichkeiten entstanden. — Staatsminister v. Watzdorf ergriff sodann das Wort, um zu erklären, daß die Staatsregierung auf die Annahme der Vorlage, und zwar auf die möglichst einstimmige Annahme den allergrößten Werth legen müsse, und daß sie es entschieden ablehnen müsse, für die unter allen Umständen beklagenswerthen Folgen der Ablehnung verantwortlich gemacht zu werden. Auch der Herr Minister erklärte hierauf nochmals, daß die Regierung in der conciliantesten Weise bei der Einschätzung verfahren werde. — Der nächste Redner, Abg. Dr. Vogel-Dresden, erklärt sich in längeren Ausführungen für das Gesetz. Der Staat habe große Kulturaufgaben auch in Zukunft zu erfüllen; man würde sich ein Armuthszeugniß ausstellen, wenn man schon jetzt erklären müßte, keinen Weg mehr zu wissen. Der Augenblick, Ordnung in den sächsischen Finanzen zu schaffen, dürfe nicht länger hinausgeschoben werden. Zu Gunsten der Vorlage spricht sich weiter der Abg. Kellner-Schönberg i. V. aus, der die preußische Regierung rühmt, welche bezüglich der Vermögenssteuer das äußerste Entgegenkommen zeige. Das Veranlagungsverfahren der Einkommensteuer habe viel rigorosere Bestimmungen, als sie in der Vermögenssteuer enthalten seien. Hiermit war die Debatte über § 1 erschöpft und es nahm nur noch der Berichterstatter Abg. Hähnel das Schlußwort, um sich gegen verschiedene Ausführungen mehrerer Redner zu wenden. Vor der Abstimmung erklärte Abg. Facius, daß er sich der Abstimmung enthalten wolle, da seine Ansichten über das Gesetz noch nicht genügend geklärt seien. § 1 wurde hierauf mit 66 gegen die 9 Stimmen der bereits genannten Abgeordneten angenommen. — Eine sehr ergiebige Debatte entspann sich wieder über § 2 des Gesetzes, der von der Beitragspflicht handelt. Zu diesem Paragraphen hatte die Deputation in ihrem Berichte wesentliche Abänderungsanträge gestellt, die gestern ihrerseits wieder verschiedene zum Theil grundlegende Abänderungen erfuhren. Bei der Abstimmung ergab sich schließlich folgendes Resultat: Gegen 7 Stimmen beschloß man folgenden von der außerordentlichen Deputation gefaßten neuen § 2a: „Beitragspflichtig sind auch Aktiengesellschaften und Kommanditgesellschaften auf Aktien. Kommanditgesellschaften auf Aktien sind nur mit demjenigen Theile ihres Vermögens beitragspflichtig, welcher sich nach Abzug des Werthes der Antheile der persönlich haftenden Gesellschafter von dem gesammten Vermögen der Gesellschaft ergiebt. Zu den nach zulässigen Abzügen ist auch das eingezahlte Aktienkapital zu rechnen. Haben Beitragspflichtige der in Absatz 1 gedachten Art ihren Sitz außerhalb Sachsens, so sind sie nach dem Werthe ihres sächsischen Grundbesitzes und ihres dem Betriebe eines Gewerbes in Sachsen dienenden Anlage- und Betriebskapitals zu besteuern." Abgelehnt mit großer Mehrheit wurde ein zu diesem § 2a vom Abg. Weigert-Löbtau gestellter Unterantrag, der die juristischen Personen und die mit dem Rechte des Vermögenserwerbs ausgestatteten Gesellschaften beitragspflichtig gemacht wissen wollte. Einstimmig angenommen wurde ferner folgender von der Deputation beantragter § 2b: „Beitragspflichtig sind ferner hinsichtlich ihres sächsischen Grundbesitzes die nicht unter § 2a fallenden nichtphysischen Personen (ausgenommen von der Beitragspflicht sind jedoch die nach § 6. Ziffer 2, 9, 10 und 11 des Einkommensteuergesetzes befreiten Personen), Gesellschaften mit beschränkter Haftung, Bergwerkschaften, eingetragene Genossenschaften und sonstige mit dem Rechte des Vermögenserwerbs ausgestattete, auf Erwerb gerichtete Genossenschaften, sowie Versicherungsgesellschaften auf Gegenseitigkeit." (Absatz 1.) Abgelehnt worden war vorher ein vom Abg. André zu diesem Absatz gestellter Unterantrag, der die milden Stiftungen besteuert wissen wollte, und zwar in namentlicher Abstimmung mit 39 gegen 35 Stimmen, dagegen ist ein von demselben Abgeordneten beantragter Zusatz angenommen worden, wonach auch die politischen Gemeinden, Bezirksverbände und andere Korporationen des öffentlichen Rechts beitragspflichtig gemacht werden. Als zweiten Absatz von § 2b nahm man ferner einstimmig folgende Bestimmung an: „Die nach Absatz 1 steuerbaren Grundstücke werden, ohne daß eine Ermittelung des gemeinen Werthes desselben stattfindet, mit 4 Pfg. von jeder zur Zeit der Einschätzung darauf haftenden Grundsteuereinheit zur Vermögenssteuer veranlagt ꝛc." Ein vom Abg. Dr. Kühlmorgen-Dresden gestellter Antrag: „Die Kammer wolle beschließen, an die Staatsregierung die Bitte zu richten, nach dem Inkrafttreten des Vermögenssteuergesetzes eine Ermittelung darüber anzustellen, welche Wirkung die Unterstellung der öffentlichen Personen habe, und darüber dem Landtage 1905/06 Mittheilung zu machen, wurde mit 36 gegen 30 Stimmen abgelehnt. — An der Debatte über die von der außerordentlichen Deputation gestern noch beantragten neuen §§ 2a, b und c betheiligten sich die Abgg. Weigert, Enke-Leipzig, Dr. Leupold-Dresden, Vice-Präsident Dr. Schill, Rittberger-Limbach, Kühlmorgen, André-Braunsdorf, Dr. Stöckel-Dresden, Dieterich-Helfenberg, Rudelt-Deuben und der Berichterstatter Abg. Hähnel, während seitens der Regierung Herr Geh. Rath Diller wiederholt in die lebhaft geführte Debatte eingriff. Erwähnenswerth sind besonders die Ausführungen des Abg. Dr. Stöckel, der sich gegen den Abg. Weigert wendete. Letzterer hatte gemeint, daß auch das Vermögen der Städte der Vermögenssteuer unterliegen sollte und dabei insbesondere auf Dresden, Leipzig ꝛc. exemplifizirt. Abg. Stöckel bemerkte, es sei ein Unrecht, wenn man die Gemeinden, die in guten Zeiten gespart hätten und einen Theil ihres Vermögens in Krankenhäusern, Irren- und Siechenanstalten ꝛc. niedergelegt hätten, zur Vermögenssteuer heranziehen wollte. Interesse erweckten auch die Darlegungen des Abg. Rittberger, der das österreichische Steuergebahren gegenüber Ausländern, insbesondere sächsischen Unterthanen beleuchtete und die Regierung auf die Sächsisch-Böhmische Dampfschiffahrts-Gesellschaft verwies, die werthvolles Material liefern könne, daß im Nachbarlande die sächsischen Staatsangehörigen steuerlich manchen Nachtheil zu erdulden hätten. — In der Berathung des Gesetzes fortfahrend, wurden hierauf ohne Debatte und einstimmig die §§ 3 und 4 angenommen. — Eine längere Debatte entspann sich wieder bei § 5 in Verbindung mit § 10, zu denen Abg. Behrens die bereits gekennzeichneten Abänderungsanträge gestellt hatte, die er eingehend begründete unter Hinweis darauf, daß die Vermögenssteuer für die kleinen Vermögen bedenkliche Härten berge. Zu Gunsten der Deputationsbeschlüsse verwendet sich seitens der Regierung Oberfinanzrath Just. Der Berichterstatter legt nochmals den Standpunkt der Deputation gegenüber dem Antrage Behrens klar. Abg. Behrens erwidert dem Regierungskommissar, daß sein Antrag durchaus nicht zu viel fordere, und weist zu seiner Begründung auf die Verhältnisse in Preußen hin. Er fordere ja nur eine mäßige Entlastung der mittleren Klassen, und daß diese Forderung berechtigt sei, das bewiesen die vielen ihm zugegangenen Zustimmungsschreiben. Die Anträge Behrens werden gegen 9 bezw. 4 Stimmen abgelehnt. Sodann werden die folgenden Paragraphen nach der Regierungsvorlage bezw. in der von der Deputation abgeänderten Fassung ohne Debatte meist einstimmig und schließlich wird das ganze Gesetz nach der Vorlage gegen die 7 Stimmen der Abgg. Gräfe, Grumbt, Matthes, Neidhardt, Preibisch, Reinecker und Schneider angenommen. Hierauf beschließt die Kammer, dem Antrage der Deputation gemäß, die zu dem Gesetze vorliegenden Petitionen der Dresdner und Bautzner Kaufmannschaft und der Handels- und Gewerbekammer Zittau auf sich beruhen zu lassen. — Nunmehr tritt die Kammer noch in die Berathung des Gesetzes, die direkten Steuern betreffend, ein. Der Berichterstatter verzichtet auf's Wort. Abg. Rolfuß-Zittau giebt seinem Bedenken darüber Ausdruck, daß die Grundsteuer in Wegfall kommen solle, und bittet die Kammer, diesem Bedenken beizutreten, indem sie in einer Resolution erkläre, daß sie die baldige Vorlegung eines Gesetzes erwarte, das die Materie, die jetzt nur provisorisch geregelt werde, endgiltig in der Art regele, daß Vermögens- und Grundsteuer gleichmäßig behandelt werden. Ministerialdirektor Geh. Rath Dr. Diller bittet, dieser Resolution die Zustimmung zu versagen. Es thue nicht gut, die Regierung zur Vorlegung von Gesetzentwürfen zu drängen. Wenn sie den Zeitpunkt für solche Aenderungen gekommen erachte, werde sie schon dazu verschreiten. Abg. Hähnel-Kuppritz spricht sich in gleichem Sinne aus. Nachdem noch Abg. Gräfe für An-